



Sepp Parzinger

Politik, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt

ist das Ziel von Sepp Parzinger. „Die CSU ist in den letzten Jahren vor allem durch Mausecheln aufgefallen, nicht aber durch Politik, die die Probleme der Menschen in den Blick nimmt“ so der Landtagskandidat der SPD im Stimmkreis Traunstein.

Der 29-jährige Gewerkschaftssekretär setzt einen seiner Schwerpunkte auf die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Sein Ziel ist ein Faires-Lohn-Gesetz, damit öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihre Beschäftigten nach Tariflohn zahlen.

Darüber hinaus setzt sich Parzinger für die Schaffung eines Arbeits- und Transformationsministeriums ein, das die Zukunft von guten Arbeitsplätzen in Bayern langfristig planen soll. Ein regionalisierter Energieplan für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien stellt die Versorgung in der Region sicher und sorgt dafür, dass die Industrie und damit die Arbeitsplätze in der Region erhalten bleiben. Parzinger will den normalen Beschäftigten und ihren Vertretungsorganen im Kampf für gute Löhne, gute Arbeitsbedingungen und für die Sicherung ihrer Arbeitsplätze eine Stimme in der Politik geben.

Der studierte Sozialarbeiter setzt sich für bessere Bedingungen in der Pflege ein: „Das Ziel der Gesundheitsversorgung darf nicht maximaler Profit sein. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen!“. Parzinger beklagt bereits vor der Corona-Pandemie klar erkennbare Mängel im Gesundheitssystem, die durch die Pandemie noch deutlicher geworden seien. Er fordert, dass Krankenhäuser in öffentliche Hand gehören und sämtliche Investitionskosten durch den Freistaat übernommen werden. Des Weiteren fordert Parzinger, pflegende Angehörige zu entlasten und für einen einfacheren Zugang zu Sozialleistungen zu sorgen, um Armut zu reduzieren.

Ebenso notwendig ist bezahlbarer Wohnraum für alle in unserer Region. Die steigenden Miet- und Bodenpreise machen es für immer mehr Menschen unmöglich, sich das Wohnen in ihrem Heimatort leisten zu können. Parzinger betont, dass es nicht nur Geringverdienende betrifft, sondern auch Normal- und Besserverdienende. Um diesem Problem entgegenzuwirken, fordert Parzinger die langfristige Sicherung kommunaler Förderprogramme des Freistaats Bayern, um Planungssicherheit für die Städte und Gemeinden zu gewährleisten. Zudem sollen 500 neue Wohnungen des Freistaats in öffentlicher Hand im Landkreis Traunstein gebaut werden, um die bezahlbaren GBW-Wohnungen zu kompensieren, die vor einigen Jahren an Wohnungsgroßkonzerne verkauft wurden. Im Jahr 2020 hat die SPD im Landkreis Traunstein die Wohninitiative „Chiemgau aber bezahlbar“ ins Leben gerufen und eine Wohnraumbedarfsanalyse sowie einen 10-Jahre Masterplan Wohnen des Landkreises beantragt, der derzeit erarbeitet wird. Parzinger will sich auch im Landtag dafür einsetzen, dass die Bayerische Staatsregierung beim Thema bezahlbares Wohnen aus dem Tiefschlaf erwacht.

DEMOKRATIE LEBT VOM MITMACHEN

Demokratie und Politik beginnen vor Ort und gehen uns alle an. Dafür braucht es engagierte Menschen jeden Alters, vor allem auch jüngere Bürgerinnen und Bürger.

Rechtsextreme Politiker, Reichsbürger und sogenannte Querdenker, die unsere Demokratie teilweise auch mit Gewalt abschaffen wollen, finden immer mehr Sympathisanten und werden von etwa zehn Prozent der Bevölkerung unterstützt. In unseren demokratischen Parteien engagieren sich immer weniger Menschen. Wir suchen deshalb Interessierte, die sich politisch aktiv in einer demokratischen Partei einbringen möchten. Die traditionsreiche Trostberger SPD engagiert sich seit 1910 für die Menschen in unserer Stadt, für die Demokratie und gegen deren Feinde.

Fast jede politische Entscheidung des Stadtrates oder des Kreis- und Bezirkstages hat Auswirkungen für alle Bürgerinnen und Bürger. Ob es um Kindergärtenplätze, Schulen, Arbeitsplätze, Wohnungsbau oder den Erhalt unserer Krankenhäuser geht, um Energie, Verkehr und eine lebenswerte Umwelt. Über unsere Abgeordneten im Bayerischen Landtag oder im Bundestag haben auch wir von der „Basis“ der Parteien direkten Einfluss auf die „große“ Politik in Bayern oder im Bund. Wenn wir uns engagieren.

Unter allen Neumitgliedern 2023 verlosen wir zwei „politische“ Berlinreisen, die unsere Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Bärbel Kofler zur Verfügung stellt.

daniela.baumann@spd-trostberg.de

martin.strenner@spd-trostberg.de



Mit euch ins Gespräch kommen und von euch hören, wo der Schuh drückt. Wie funktioniert Politik in Stadtrat, Kreistag, Bezirks- und Landtag?

Wir laden gemeinsam mit Sepp Parzinger ein zum „Roten Bankerl“ am Mittwoch 19. Juli, ab 18 Uhr, am Vormarkt in Trostberg.

Neben Sepp Parzinger stehen auch unsere Stadträte und Altbürgermeister Walther Heinze für Fragen Interessierter zur Verfügung.



Informationen und Meinungen der Trostberger SPD

Nr. 70 | Juni 2023

Alzquerung B304 NEIN - Westumfahrung Trostberg JA

Liebe Trostbergerinnen und Trostberger,

viele Zuhörer hatten sich am 1. März im Postsaal eingefunden, um dabei zu sein, wenn der Trostberger Stadtrat über seine Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren für den 2. Bauabschnitt der B304 NEU berät.

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion hat eine Mehrheit des Trostberger Stadtrates nach intensiven Diskussionen und aus guten Gründen gegen den Neubau der 304 quer durchs Alztal gestimmt, da diese Planung ausschließlich der Entlastung von Altenmarkt dienen und bei enormen Kosten massivste Landschaftseingriffe und erhebliche Belastungen für alle betroffenen Anlieger bringen würde.

Der massive landschaftliche Eingriff in unser Alztal ist unter heutigen ökologischen Gesichtspunkten trotz Ausgleichsmaßnahmen nicht akzeptabel. Ein Blick von Nock auf den Trassenverlauf über die Dietlwiese, die Alz und die anschließenden Hangflächen macht die Dimension dieser landschaftszerstörenden Planung deutlich. Zudem wurde Altenmarkt bereits durch den Tunnel vom Verkehr zwischen B299 und B304 deutlich entlastet.

Wir sind der Meinung, die Stadt Trostberg sollte gemeinsam mit der Gemeinde Tacherting vehement einen Stopp dieses Planfeststellungsverfahrens fordern und stattdessen eine Forcierung der bereits vorgeplanten Westumgehung dieser beiden Orte beantragen.

Absolute Priorität für unsere Stadt muss die verkehrliche Entlastung Trostbergs haben.

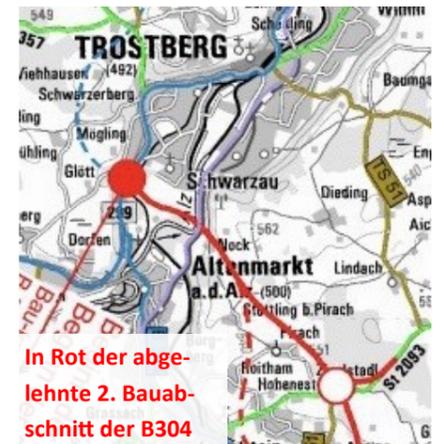
Ihre

Daniela Baumann



Daniela Baumann

1. Vorsitzende SPD Trostberg und Bezirkstagskandidatin



In Rot der abgelehnte 2. Bauabschnitt der B304

Die Idee der Zusammenführung von B299 und B304

zur Ortsumgehung von Altenmarkt über die Dietlwiese entstand vor ca. 30 Jahren, ursprünglich angedacht mit einer Ostumgehung der Städte Traunreut und Trostberg. Es war damals bereits unbestritten, dass diese Umfahrung allein für Altenmarkt keinerlei Entlastung für Trostberg oder Traunreut bringt. Der Stadtrat stimmte daher im Rahmen des Raumordnungsverfahrens im Januar 2002 dieser Trasse mehrheitlich nur in Verbindung mit einer Osttrasse zu, die auch für Trostberg eine erhebliche Entlastung gebracht hätte. Diese Lösung wurde aber vom Straßenbauamt im Zuge der Verfahren ausgeschlossen. Zwischenzeitlich wurde Altenmarkt durch den Tunnel vom Verkehr zwischen B 299 zur B304 Richtung München deutlich entlastet.



Entlastung für Trostberg durch die Westtrasse der B299

Absolute Priorität für unsere Stadt muss die dringendst notwendige Entlastung vom überörtlichen Verkehr der B299 haben. Dies erfordert eine möglichst schnelle Realisierung der bereits voruntersuchten Ortsumgehung als Westtrasse (im Plan schwarz gestrichelt).

Sie bringt für den Ortskern von Trostberg sowie auch für Tacherting eine erhebliche Entlastung und ist in sofort wirksamen Teilabschnitten machbar. Eine Umschichtung der für die Alzquerung eingeplanten Gelder sollte von den beteiligten Kommunen unverzüglich beantragt werden.

Walther Heinze, Altbürgermeister

Mach mit.

Wir machen soziale Politik für Dich.



Öffentliche Veranstaltungen der SPD Trostberg

Starke Industrie – Sichere Arbeitsplätze

Referenten: Sebastian Roloff, MdB
Ronja Endres, SPD-Landesvorsitzende, sowie Vertreter von Arbeitgebern u. Gewerkschaften

18. Juli 2023, 19 Uhr, Trostberg, Pfaubräu

Hubertus Heil

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales kommt am 25. Juli 2023 nach Trostberg.

Bitte Hinweise in der Presse beachten!



Kein Quartiersmanager für Trostberg

Vom Trostberger Stadtrat war eine Expertenrunde einberufen worden, um den Bedarf zu ermitteln. Die Expertenrunde mit vielen in der Seniorenarbeit ehrenamtlich Aktiven hatte dann auch klar den Bedarf für die Unterstützung durch einen hauptamtlichen Quartiersmanager herausgearbeitet.

In der entscheidenden Stadtratssitzung wurde das Votum der Expertenrunde dann aber völlig überraschend ignoriert. Stadträte von CSU und FW waren selbst Experten: „Ein Quartiersmanager wäre nur der 15. Schreibtisch“, „das kann in der Praxis nicht umgesetzt werden“, „die AWO und andere leisten bereits genug“ oder „wir brauchen Pflegekräfte, keine Schreibtischtäter“ hieß es. Da scheint wohl manches mißverstanden worden zu sein. Ein Quartiersmanager ist keine Pflegekraft.

Viele Städte und Gemeinden in unserer Nachbarschaft (siehe Kasten rechts) halten die Einführung eines Quartiersmanagements für sinnvoll und notwendig.

- ◆ Chieming
- ◆ Fridolfing
- ◆ Kienberg
- ◆ Marquartsein
- ◆ Obing
- ◆ Petting
- ◆ Pittenhart
- ◆ Reit im Winkl
- ◆ Ruhpolding
- ◆ Seon-Seebruck
- ◆ Siegsdorf
- ◆ Schleching
- ◆ Traunreut
- ◆ Unterwössen

Wozu Quartiersmanagement oder Quartierskonzepte?

Überall steigt der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung stetig an, auch in Trostberg. Mancherorts hat die Politik diese Herausforderung schon erkannt: Im Seniorenpolitischen Gesamtkonzept des Landkreises Traunstein heißt es: „Wir orientieren uns ... am Wunsch älterer Menschen, möglichst lange selbstbestimmt in ihrer vertrauten häuslichen Umgebung leben zu können. Eine wichtige Zukunftsaufgabe ist es deshalb, zeitgemäße Strukturen in den Kommunen aufzubauen ...“.

Auch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales fordert: „Damit ältere Menschen so lange wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld wohnen bleiben können, müssen die Strukturen vor Ort seniorengerecht sein. Quartierskonzepte sind ein gutes Instrument der Kommunen, um im Rahmen der Daseinsvorsorge eine zukunftsfähige Infrastruktur aufzubauen, die an die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst ist und damit allen Generationen zugutekommt. Der Freistaat Bayern unterstützt deshalb die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe mit einer staatlichen Förderung für seniorengerechte Quartierskonzepte.“

Bei der Erarbeitung solcher Quartierskonzepte ist ein Quartiersmanager Kümmerer und zentraler Ansprechpartner. Er vernetzt, moderiert, informiert und berät rund um Fragen des Älterwerdens vor Ort. Er sucht den Kontakt zur älteren Bevölkerung, macht auf ihre Wünsche und offenen Bedarfe aufmerksam und initiiert den Aufbau der noch fehlenden Angebote. Er ist Anlaufstelle für alle Themen des Älterwerdens und sichert in Zusammenarbeit mit allen amtlichen Stellen- und ehrenamtlichen Einrichtungen eine qualifizierte häusliche Betreuung und Versorgung.

Josef Smolik

Anhebung der Altersgrenze für aktive Feuerwehrkameradinnen und -kameraden

In einer Zeit, in der viele Mitbürger im Ruhestand gerne einen sinnvollen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten wollen, wird die ehrenamtliche Tätigkeit als Aktiver bei Freiwilligen Feuerwehren in Bayern durch die Altersobergrenze 65 Jahre begrenzt. Während der Corona Pandemie hat auch unsere Feuerwehr z.B. Masken und Desinfektionsmittel mit Transportern an Schulen und Rathäuser ausgefahren. Für diese planbaren Tätigkeiten mussten Aktive von den Arbeitgebern von der Arbeit freigestellt werden. Solche Einsätze könnten ohne Probleme durch Rentner, die noch im aktiven Dienst sind, durchgeführt werden. Da ich selbst davon betroffen bin, setze ich mich dafür ein, diese Altersgrenze anzuheben.

Ernst Schilder, SPD-Stadtrat



Trinkwasserschutz in Bayern gefährdet

Initiative von CSU- und FW-Landtagsabgeordneten zur Schwächung des Trinkwasserschutzes

In ganz Europa wird der Klimawandel immer spürbarer. So gibt es im Winter immer weniger Niederschläge, die die Grundwasserreserven wieder auffüllen. Gleichzeitig stellt die Bayerische Staatsregierung den Trinkwasserschutz in Bayern in Frage, der im Landesentwicklungsprogramm (LEP) geregelt ist. Dieses Programm soll neu beschlossen werden. Dazu hatten Abgeordnete der CSU und der Freien Wähler kurzfristig noch Änderungsanträge am LEP-Entwurf eingereicht: Bisher war es so geregelt, dass Trinkwasser bevorzugt der Trinkwasserversorgung in Form von Leitungswasser dient. Dieses „bevorzugt“ sollte nun durch die neue Bezeichnung „insbesondere“ ersetzt werden. Damit wären Betriebe der Lebensmittelindustrie der öffentlichen Wasserversorgung gleichgesetzt worden. Auch das Tiefengrundwasser war betroffen, denn dieses Wasser ist sehr rein und hätte von kommerziellen Getränkeherstellern genutzt werden dürfen. Tiefenwasser ist sehr alt und wird nur extrem langsam nachgebildet, weshalb es als Reserve benötigt wird um auch zukünftig immer sauberes Trinkwasser zu haben. Als dritter Punkt wurde der Schutz der Wasserschutzgebiete in Frage gestellt. Obwohl nur 5% der Fläche Bayerns Wasserschutzgebiete sind (in Baden-Württemberg sind es 25%), sollte deren dauerhafter Schutz gestrichen werden.

Auch die bayerischen Wasserversorger und Vertreter haben sich deshalb in einem gemeinsamen Brandbrief an die Politik gewandt. Massive Bedenken und Unverständnis über diese Änderungen zugunsten der Getränkeindustrie kamen auch von den Vertreter*innen des Bayerischen Städtetags, des Bayerischen Gemeindetags, des Verbands kommunaler Unternehmen und dem Verband der bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft.

Nach einem Dringlichkeitsantrag der SPD im Landtag stoppte die Bayerische Staatsregierung dann doch Ende März diese Pläne. Vorerst, wenn nicht noch die nächste Kehrtwende von Herrn Söder kommt?

Martin Strenner

2. Vorsitzender SPD Trostberg

Impressum

Herausgeber und Verantwortlich
SPD Ortsverein Trostberg

Daniela Baumann
Herzog –Ludwig-Str. 38
83308 Trostberg

www.spd-trostberg.de
kontakt@spd-trostberg.de
www.spd.de